

5
83

Union in Deutschland

Bonn, den 3. Februar 1983

Aufwärts mit Deutschland. Jetzt den Aufschwung wählen.

Der CDU-Bundesvorstand hat am 3. Januar diesen Wahlkampslogan für die letzten fünf Wochen bis zum 6. März verabschiedet. Mit dieser Aussage stellt die CDU ihren begründeten Optimismus für eine bessere Zukunft unseres Landes an die Spitze ihrer Argumentation. Hierzu Heiner Geißler: Bei der Wahl geht es um die wesentliche Entscheidung:

Für den Aufschwung mit der CDU oder den Rückfall in die Wirtschaftskrise mit der SPD.

Für den Aufschwung mit der CDU:

Täglich mehren sich in der Bundesrepublik die Zeichen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung:

- Die Preise sind stabiler. Im Januar liegt nach ersten statistischen Vorausberechnungen der Preisanstieg erstmals nach langer Zeit wieder unter vier Prozent.
- Zum ersten Mal seit über zwei Jahren wird die Wachstumsrate in der zweiten Jahreshälfte wieder positiv sein und ca. 2,5 Prozent betragen.
- Die Zinsen sinken. Mit der Sanierung des Haushalts hat die Regierung mit Helmut Kohl die Voraus-
(Fortsetzung auf Seite 2)

Noch
32 Tage
bis zur
Bundestagswahl

**Wahlkampf-Telefon
(0228) 544360**

Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN

Bundeskanzler für Treffen Reagan mit Andropow / Bundesvorstand appelliert an Hörfunk und Fernsehen / Bundespost mit Rekordinvestitionen / So schaffen wir den Aufschwung / SPD-Plakat mit Hakenkreuz / Tierschützer können aufatmen / Bundesbauminister: Zinssenkungen an Mieter weitergeben / Wieder mehr Mitglieder / "Genossen, wählt die Union".

Seiten 3 bis 8

■ ROT-GRÜN

Das hessische Abenteuer als abschreckendes Beispiel Seite 13

■ RENTEN

Brief an alle Rentner Seite 15

■ CDU-EXTRA

Verantwortliche Bundespolitik für die Gemeinden und ihre Mitbürger gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

setzungen dafür geschaffen, daß die Bundesbank die Zinsen senken konnte. Zinsenkungen sind auf die Dauer das beste Investitions- und Beschäftigungsprogramm.

Durch die Maßnahmen der Bundesregierung sind insgesamt die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsbelebung günstiger geworden. Die Fakten belegen, daß die Menschen wieder Vertrauen fassen: Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind im November 1982 deutlich gestiegen. Sie waren um rund sechs Prozent höher als im Durchschnitt der Monate September/Oktober.

Auch der private Verbrauch nimmt zu. Davor profitieren vor allem die Automobilhersteller.

Es wird wieder gebaut. Schon nach drei Monaten Regierungszeit unter der Füh-

Helmut Kohl: Wir werden es schaffen

■ Das war die größte CDU-Wahlkampfveranstaltung für Jugendliche in der Geschichte der Partei: 12000 feierten den Bundeskanzler mit „Helmut-Helmut-Rufen“.

■ Die Junge Union: „Wir brauchen keinen Vogel. Wir haben Helmut Kohl. Wir haben die besseren Köpfe für unsere Bundesrepublik Deutschland anzubieten.“

■ Heiner Geißler: „Wir wollen keine 300 Raketen, keine 160, keine 100 Raketen. Wir wollen in Europa überhaupt keine Raketen. Das ist das Ziel der CDU für unser Land.“

Bundeskanzler Helmut Kohl, der am Sonntag, dem 30. Januar 1983, auf dem Kölner Messegelände von 12000 Jugendlichen stürmisch gefeiert wurde, ist überzeugt, daß die CDU/CSU die Märzwahl gewinnt: „Wir schaffen es.“

zung der CDU ist es gelungen, den Wohnungsbau wieder anzukurbeln.

Nach den Eingängen der Bauanträge zeichnet sich in vielen Städten und Gemeinden bereits jetzt ein Bauboom ab, der auf viele andere wirtschaftliche Bereiche seine Auswirkungen haben wird und einen ersten Erfolg in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellt. Insgesamt hat sich die Zahl der Bauanträge mehr als verdoppelt seit Antritt der Regierung Helmut Kohl.

Wirtschaftskrise mit der SPD:

Nach dreizehn Jahren SPD-Regierung war die Bundesrepublik in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stark herabgesunken. Das Land geriet in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Die SPD hat den Staat

- mit über 300 Milliarden Mark verschuldet,
- über 100 000 Unternehmen in den Bankrott getrieben,
- über zwei Millionen Menschen arbeitslos gemacht,
- Angst und Unsicherheit gebracht.

Die Ankündigungen des SPD-Kandidaten Hans-Jochen Vogel machen jedermann deutlich, daß eine SPD-Regierung diese Politik der Schulden, Pleiten und der Arbeitslosigkeit fortsetzen würde. Allein die Absicht Vogels, die neuen Wohnungsgesetze der Regierung Helmut Kohls wieder rückgängig zu machen, würden auf einen Schlag eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit bedeuten. Ein Bündnis der SPD mit den Grünen würde diese wirtschaftliche SPD-Talfahrt zu einer Schußfahrt ins wirtschaftliche und finanzielle Chaos machen: Eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahl wäre sicher.

■ WAHLKAMPF- INFORMATION

Bundeskanzler für Treffen Reagan—Andropow

Ihr heutiger Besuch, Herr Vizepräsident, ist eine Art Höhepunkt der intensiven Gespräche und Konsultationen der letzten Tage und Wochen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Besuchs des Vizepräsidenten der USA, George Bush, in Bonn. Botschafter Nitze war in Bonn, Bundesminister Genscher und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, waren gerade in Washington. Bei all diesen Gesprächen geht es uns darum, im Verhältnis zwischen Ost und West durch eine gemeinsame, entschlossene und geschlossene Politik des Westens einen Durchbruch zu wirklicher Abrüstung und Entspannung zu finden.

Wir haben ausführlich über den Stand der Ost-West-Beziehungen gesprochen, die sich jetzt in einer entscheidenden Phase befinden. Gerade in der jetzigen Lage, etwa mitten in den Verhandlungen in Genf, ist es wichtig, mit der sowjetischen Führung in unmittelbarem Kontakt zu bleiben. Klarheit und Berechenbarkeit unserer Politik, Festigkeit bei der Wahrnehmung unserer Interessen und Aufgeschlossenheit für den Dialog sind Voraussetzung, um zu einem echten Interessenausgleich zu kommen.

Ich habe Ihnen, Herr Vizepräsident, dargelegt, daß nach meiner Überzeugung in dieser besonderen Situation ein gut vorbereitetes, auch im Termin gut abgestimmtes Gespräch zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Andropow dazu beitra-

LIEBE FREUNDE!

Unsere Plakate geben dem Wähler ein Signal: Wir zeigen, daß wir selbstbewußt kämpfen. Mit unseren Plakaten können wir das Straßenbild bestimmen. Deshalb müssen Sie jetzt plakatieren. Die Bundespartei hat Ihnen zwei Plakate zugesandt. Mit diesen beiden Plakaten „Dieser Kanzler schafft Vertrauen“ und „Nicht wieder SPD“ sind wir optisch den SPD-Plakaten überlegen!

Auf Ihre „Dreieck-Ständer“ sollten Sie jeweils ein Plakat mit Bundeskanzler Helmut Kohl, das Angriffsplakat und ein Plakat Ihres örtlichen Kandidaten oder eine Veranstaltungsankündigung kleben. In vielen Städten und Gemeinden sind bereits die den Parteien zur Verfügung stehenden Plakatflächen aufgestellt, die es jetzt zu nutzen gilt. Ihre Plakatierung ist zugleich auch eine gute Ergänzung für die laufende Großflächenplakatierung der Bundespartei. Mit der Plakatierung zeigen wir allen Bürgern, wie wir unseren Wahlkampf jetzt anziehen, um am 6. März zu gewinnen.

Bla Radunski

(Peter Radunski)

gen kann, auf diesem Wege voranzukommen.

Auch nach diesem Gespräch kann ich wieder feststellen, daß die USA entschlossen sind, jede Möglichkeit zu nutzen, um zu konkreten, ausgewogenen Ergebnissen zu kommen. Wir kämpfen gemeinsam für einen wirklichen Durchbruch in dieser entscheidenden Frage der Abrüstung, um eine Vereinbarung weitreichender Art, die den Prinzipien von Gleichheit und Parität und damit den Interessen aller Beteiligten gerecht wird.

Bundesvorstand appelliert an Hörfunk und Fernsehen

Der CDU-Bundesvorstand hat an Hörfunk und Fernsehen appelliert, während des Wahlkampfes journalistisch fair und ausgewogen zu berichten. Generalsekretär Heiner Geißler sagte nach der Sitzung vor Journalisten in Bonn, gerade diejenigen, die im elektronischen Bereich eine Monopolstellung hätten, dürften nicht einseitig informieren. Als negatives Beispiel führte Geißler die Berichterstattung der ARD über eine CDU-Veranstaltung mit über 10000 Jugendlichen am Sonntag in Köln an. Obwohl Angehörige des WDR vertreten gewesen seien, habe die Tagesschau lediglich eine kurze Wortmeldung gebracht, im Hörfunk sei nichts gesendet worden. „Das sind doch alles merkwürdige Dinge.“

Geißler vermied in der Pressekonferenz Schärfen und erwartete von den Journalisten Verständnis dafür, daß Politiker öffentlich ihre Meinung sagten, wenn sie den Eindruck hätten, benachteiligt zu werden. Er äußere sich in dieser Weise, obwohl er wisse, daß sich Journalisten solidarisierten, wenn derartige Kritik laut werde. Zur Demokratie gehöre, daß auch im Wahlkampf Waffengleichheit herrsche. Deshalb sei es erforderlich, „über das, was sich ereignet, objektiv und fair zu berichten“.

Auch die Verantwortlichen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sollte es nachdenklich machen, daß bei CDU-Mitgliedern nicht gerade der Eindruck einer fairen Behandlung vorherrsche. Die Jugendveranstaltung in Köln habe beispielsweise auch den 30. Januar zum Thema gehabt. Hierüber sei jedoch nicht berichtet worden, während eine SPD-Veranstaltung in der Paulskirche im

Fernsehen dargestellt worden sei, obwohl der SPD-Vorsitzende Brandt wie Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Übertragung einer Gedenkstunde aus dem Berliner Reichstagsgebäude ausreichend zu Wort gekommen seien.

Geißler wies Berichte zurück, wonach die CDU „Maßnahmen“ gegen Journalisten in Rundfunkanstalten angekündigt habe, die nach ihrer Meinung die Union benachteiligten. „Maßnahmen stehen uns nicht zu“, sagte er, infolgedessen seien sie auch nicht geplant. Allerdings werde, wie am Beispiel der Kölner Veranstaltung vom Sonntag geschehen, die Partei sich öffentlich äußern, wenn sie sich wegen der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalten beschwert fühle.

Bundespost mit Rekordinvestitionen

Nachhaltige Impulse für die Wirtschaft der Bundesrepublik erhofft sich die Bundespost von ihren für 1983 vorgesehenen Investitionen, die jetzt — um nochmals 600 Millionen Mark aufgestockt — einen Rekordetat von 14,9 Milliarden Mark umfassen. Bundespostminister Schwarz-Schilling äußerte sich zuversichtlich, daß diese Investitionen die Beschäftigung von rund 200 000 Menschen in der Bundesrepublik und Westberlin sichern. Allein die etwa eine Milliarde Mark umfassenden Investitionen im Breitbandbereich schüfen oder erhalten etwa 20 000 Arbeitsplätze.

Parallel zu den Investitionen will die Bundespost 1983 ihr Angebot an Ausbildungsplätzen auf insgesamt 14 300 steigern. Zu den kundenfreundlichsten Angeboten der Post werde bereits von März an ein gebührengünstiger zweiter Telefonanschluß für die Haushalte zählen. Dieser Doppelanschluß mit zwei Amtsleitungen werde 40 Mark — also nur 13 Mark mehr

Der SPD-Kandidat in Stichworten

Der neue Spitzenmann der SPD, Hans-Jochen Vogel, zeichnet sich durch zweierlei aus: er hat sich zum einen als gelernter Opportunist erwiesen und ist zum anderen das größte wandelnde Investitionshemmnis unserer Republik.

Opportunist deswegen, weil er sich in seiner politischen Karriere immer dorthin bewegte, wo sich gerade Mehrheiten fanden: Als Oberbürgermeister von München gab er sich bürgerlich, um dann von einem Hinterbänkler namens Schöfberger nach Bonn vertrieben zu werden. In Bonn schlug er sein Lager zunächst bei den „Kanal-Arbeitern“ auf, um sich dann wiederum als Wohnungsbau- und Justizminister dem linken Parteiflügel zuzuwenden. Als sich das vorprogrammierte Scheitern der liberal-sozialistischen Koalition abzeichnete, setzte sich Vogel rechtzeitig nach Berlin ab. Die Parole „Berlin braucht Vogel“ erwies sich jedoch schnell als politisches Eigentor der SPD. Vogel zog es deshalb vor, mit den Grünen zu liebäugeln, mit deren Stimmen er sich nach dem 6. März zum Bundeskanzler wählen lassen möchte.

Als Justiz- und Wohnungsbauminister hat Vogel ein Mietrecht durchgesetzt, das zu einer Klassengesellschaft der Mieter geführt hat: auf der einen Seite jene Mieter, die eine Wohnung haben und sich eines lückenlosen Schutzes erfreuen können, und auf der anderen Seite jene, die vergeblich eine preiswerte Wohnung suchen. Vogels Mietenpolitik hat dazu geführt, daß im sozialen Wohnungsbau die Fehlbelegung zur Regel wurde und seit Jahren keine müde Mark mehr in den frei finanzierten Mietwohnungsbau geflossen ist. Vogel, der sich für eine Rückgängigmachung der sozial ausgewogenen Mietenbeschlüsse der neuen Koalition stark macht, ist und bleibt ein Investitionshemmnis.

Vogels Ziel ist ein rot-grünes Regierungsbündnis. Für die Wirtschaft hätte dies zur Folge, daß der Karren noch weiter im Dreck versinkt. Im Hinblick auf den 6. März müssen die Unionsparteien deshalb ihre ganze Kraft daran setzen, daß es zu keinem rot-grünen Arbeitsplatzvernichtungs- und Wachstumsverhinderungskartell kommt.

Theodor Waigl, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

als ein Einzelanschluß — kosten. Vom 1. Juli an werde die Post einen neuen Fernmelddienst „Service 130“ testen. Damit können Telefonkunden bestimmte Anschlüsse im Bundesgebiet und Westberlin zu Nahgesprächsgebühren erreichen.

So schaffen wir den Aufschwung

Der Jahreswirtschaftsbericht 1983 bestätigt: es läuft, es geht wieder aufwärts in

Deutschland. Die Spitze der Arbeitslosigkeit ist bald überwunden, in der zweiten Jahreshälfte 1983 wird sich der wirtschaftliche Aufschwung spürbar verstärken. Dann wird zum erstenmal seit 2 Jahren das Bruttonzialprodukt, Gradmesser der wirtschaftlichen Aktivität, wieder steigen, und zwar um rund 2,5 %. Diese Aufwärts-Politik darf nicht durch sozialistische Irrwege und Experimente von rot-grünen Chaoten gefährdet werden. Die Maßnahmen zur Sicherung des Auf-

schwungs und erste positive Auswirkungen sind ausführlich in der Dokumentation „So schaffen wir den Aufschwung“ dargestellt (grüner Teil).

SPD-Plakat mit Hakenkreuz

Die Verwendung eines SPD-Wahlplakats zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 durch die Hamburger SPD-Landesorganisation im jetzigen Bundestagswahlkampf hat in der Hansestadt zu scharfer Kritik der CDU geführt. Das Plakat zeigt ein Hakenkreuz, an das ein nackter männlicher Oberkörper gefesselt ist, und darüber die beiden Zeilen „Der Arbeiter im Reich des Hakenkreuzes!“. Die Wahlparole des Plakats lautet: „Darum wählt Liste 1, Sozialdemokraten!“.

Der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau bezeichnete die Verwendung des Plakats als eine „politische Geschmacklosigkeit ersten Ranges“. Von

Ins Schwarze

Die SPD wirbt um ein Wählermandat für Raketen — nämlich auf sowjetischer Seite. Die CDU/CSU hingegen wirbt um ein Wählermandat gegen Raketen — und zwar auf beiden Seiten!

MdB Volker Rühe



Die eigentliche Raketenpartei wird langsam die SPD, weil sie das Monopol der sowjetischen SS 20-Raketen offen unterstützt.

Alois Mertes

der SPD werde der Eindruck suggeriert, die Alternative bei den Bundestagswahlen vom 6. März laute „Sozialdemokratie oder Faschismus“. Mit einem Aufkleber auf diesem SPD-Plakat hat der Hamburger DGB für eine Demonstration der Gewerkschaf-

ten aus Anlaß des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtübernahme geworben. Perschau bezeichnete den gesamten Vorgang als „Mißbrauch eines historischen Datums, das alle Demokraten gemeinsam mahnen sollte“.

Tierschützer können aufatmen

„Für dieses erlösende Wort eines Bundeskanzlers haben Millionen deutscher Tierschützer zehn Jahre lang gearbeitet“, kommentierte ARD-„Report“-Chefredakteur Franz Alt die Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Robbenschlachten. Der Kanzler hatte sich zuvor zwar für weitere Gespräche innerhalb der Europäischen Gemeinschaft über das Problem ausgesprochen, dann aber erklärt: „Wenn es dort nicht klappt, wird hier bei uns entsprechend beschlossen.“ Das bedeutet, daß vom 1. März an die Einfuhr von Junggroßen-Fellen in die Bundesrepublik Deutschland gestoppt wird.

Bundesbauminister: Zinssenkungen an Mieter weitergeben

Bundesbauminister Oscar Schneider hat an alle Vermieter appelliert, die Möglichkeit von Mietpreissenkungen zu prüfen, die sich aus den sinkenden Zinsen und damit aus geringeren Belastungen durch Kapitalkosten ergeben könnten. So gehören im sozialen Wohnungsbau die laufenden Kapitalkosten zu den Aufwendungen des Vermieters, die sich in der Kostenmiete niederschlagen. In den meisten Fällen, so Schneider, werde allerdings im sozialen Wohnungsbau mit festgeschriebenen Zinsen finanziert. Die allgemeine Senkung des Zinsniveaus führe

im sozialen Wohnungsbau nur dort zu einer Absenkung der Kostenmiete, wo mit zinsvariablen Kapitalmarktmitteln finanziert worden sei.

Im freifinanzierten Wohnungsbau, so Minister Schneider, gelte die Vergleichsmiete, die sich an der ortsüblichen Miete für vergleichbare Wohnungen orientiere. Eine Verringerung der Kapitalkosten verpflichte den Vermieter zu einer Herabsetzung der Miete allerdings dann, wenn er in der Vergangenheit eine Erhöhung der Kapitalkosten außerhalb des Vergleichsmietenverfahrens auf die Mieter umgelegt und die Kapitalkostenerhöhung entsprechend geltend gemacht habe. Minister Schneider unterstrich, daß wirtschaftlich notwendige und maßvolle Mietsteigerungen einerseits nur dann glaubhaft begründet werden könnten, wenn auf der anderen Seite mögliche Entlastungsspielräume zugunsten des Mieters auch genutzt würden.

Wieder mehr Mitglieder

Die CDU gewinnt immer mehr Mitglieder, teilt Bundesgeschäftsführer Peter Radunski mit. Der seit mehr als zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend setzte sich auch im Jahre 1982 fort. Per 31. Dezember 1982 verzeichnet die CDU 718889 Mitglieder. Allein seit dem Amtsantritt der Regierung Helmut Kohl im Oktober 1982 sind mehr als 6000 Mitglieder hinzugekommen. Insgesamt hat sich die Mitgliederzahl innerhalb von elf Jahren mehr als verdoppelt. Es wächst auch der Anteil der weiblichen Mitglieder. Bei der CDU-Zielgruppenveranstaltung Frauen in Wolfsburg konnte Helmut Kohl das 150 000ste weibliche Mitglied begrüßen. Insgesamt stieg der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern auf 21,4 Prozent. Zusammen mit den Mitgliedern der CDU und den Vereinigungen erreicht die Union eine Mitgliederstärke von mehr als einer Million.

Anzeige zum Thema: Wir wollen abrüsten

„Wir wollen abrüsten“, das ist die Schlagzeile der Anzeige, die am 4. Februar, einen Tag nach dem Friedenskongreß der CDU, in allen regionalen Tageszeitungen, der FAZ und der Welt erscheint.

Die gleiche Anzeige wird am 5. Februar in der Bild-Zeitung und am 6. Februar in der Welt am Sonntag und Bild am Sonntag geschaltet.

Am 7. Februar folgt eine Angriffsanzeige gegen die SPD in allen regionalen Tageszeitungen, einen Tag später in der Bild-Zeitung.

Der nächste Einschaltertermin ist der 10. Februar. Hier werden auch das Handelsblatt und die Wochenzeitung Zeit, Rheinischer Merkur und das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt belegt.

TV- und Hörfunk-Spots

ARD	8. Februar, 20.15 Uhr
ZDF	11. Februar, 20.15 Uhr
NDR/WDR 1	7. Februar, 19.21 Uhr
NDR 2	11. Februar, 19.21 Uhr
WDR 2	10. Februar, 18.25 Uhr
Hessischer Rundfunk	9. Februar, 14.55 Uhr
SWF 1	10. Februar, 11.55 Uhr
SWF 3	4. Februar, 17.55 Uhr
Deutschlandfunk	8. Februar, 17.55 Uhr
ZDF	11. Februar, 6.20 Uhr
ARD	9. Februar, 7.27 Uhr
ZDF	11. Februar, 13.06 Uhr
Deutschlandfunk	4. Februar, 18.30 Uhr
ZDF	9. Februar, 18.30 Uhr
ARD	8. Februar, 21 bis 23.30 Uhr
	Hearing zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Innen- und Rechtspolitik
ARD	10. Februar, 20.18 bis 21.15 Uhr
	Film über Splitterparteien

„Genossen, wählt die Union“

Mit der Anrede „Genossinnen und Genossen“ hat in der Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“ der Wissenschaftler und Publizist Christian Graf von Krockow seinen Parteifreunden in der SPD empfohlen, am 6. März nicht die eigene Partei, sondern die Union zu wählen. Er begründet den Ratschlag u. a. folgendermaßen:

„Nicht bloß vergeben, sondern vergessen scheint, in welch jammervollem Zustand unsere Partei sich noch vor wenigen Monaten befand. Verzagtheit und Zank, wechselseitige Vorwürfe, die Unfähigkeit zu klarem Kurs und durchgreifenden Entscheidungen bestimmten ihr Bild. Und kaum mehr ein Partner blieb; sogar im Verhältnis zu den Gewerkschaften staute sich Bitterkeit auf.

Diese ganze Misere müßte sofort wieder aufbrechen, falls die SPD nach dem 6. März erneut in die Regierungsverantwortung einzurücken hätte. Denn die Probleme, mit denen wir konfrontiert werden, haben sich seit dem letzten Sommer ja nicht aufgelöst, im Gegenteil, sie sind nur drückender geworden.

Harte Entscheidungen müssen getroffen, schwere Opfer eingefordert werden. Das verlangen allein schon die mit der Arbeitslosigkeit im Mißverhältnis zu den Steuereinnahmen dramatisch anwachsenden Soziallasten. Man mag die Besserverdienenden zur Kasse befehlen, gar sie auspressen, bis sie quietschen: Jede überschlägige Rechnung besagt, daß das nur den betrüchtigten Tropfen auf den heißen Stein ergibt. Einzig die Massen können Masse bringen: die Millionen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, der Lohn- und Gehaltsempfänger, kurz, die kleinen Leute bis hin zu den Rentnern und den ohnehin schon so schwer betroffenen Arbeitslosen.

Hand aufs Herz: Ist die Partei wirklich bereit und befähigt, dieser bitteren Wahrheit ins Auge zu sehen und entsprechend zu handeln, solidarisch, statt dem Hader zu verfallen? Oder um noch ein heikles Problem zu nennen: Wie würde eine Regierungspartei SPD ihre Einheit und Handlungsfähigkeit bewahren, falls im Herbst die Stunde der Wahrheit zum Doppelbeschuß schlagen sollte? . . .

Für die Rückkehr der SPD in die Position der führenden Regierungspartei gibt es derzeit wohl nur eine Möglichkeit: die Koalition mit den „Grünen“. Die aber sollte weit eher abschrecken als locken . . . Das Bündnis mit ihnen gliche dem puren Abenteuer, einem Krisenmanagement von Tag zu Tag und von Situation zu Situation. Angesichts der Probleme, die sich auftun, wäre genau dies das schiere Gift.

Was wir jetzt vor allem anderen brauchen, ist die als Partner für Wirtschaft und Gewerkschaften, nach innen und nach außen in ihrem Kurs und in ihrer Entscheidungsfähigkeit unbedingt zuverlässige Bundesregierung.

Gewerkschafter begrüßen sozialen Ausgleich

Zum Beschuß im Wahlprogramm der CDU und CSU, die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfeabgabe aufzuheben, erklärte Gustl Fehrenbach, stellv. Vorsitzender des DGB: „Auch die Arbeitnehmer sind bereit, Opfer zu bringen, wenn alle Gruppen der Bevölkerung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden . . . Insoweit kann der DGB nur begrüßen, was die CDU und CSU nunmehr in ihrem Wahlprogramm beschlossen haben. Auch Walter Quartier, stellvert. Vorsitzender der DAG, begrüßte spontan die Entscheidung von CDU und CSU als „sozialen Ausgleich“.

■ WAHLKAMPF-TELEFON (0228) 544360

Dem Wähler sagen, was wir wollen

Thema: Telefonnahbereich

Zur Forderung der SPD nach einer schnellen Ausweitung der Telefonnahbereiche auf 25 km muß folgendes festgestellt werden. Fünf Jahre haben die SPD-Postminister es versäumt, der Forderung der CDU/CSU nach Beseitigung der Ungleichgewichte und Ungereimtheiten in den Telefonnahbereichen nachzukommen. Kaum drei Monate ist Herr Matthöfer aus dem Amt, sollen CDU/CSU die jahrelangen Versäumnisse der SPD „schnellstmöglich“ aufholen.

Noch vor sechs Monaten erklärte der Parl. Staatsekretär im Bundespostministerium, Becker, die Post wolle untersuchen lassen, inwieweit es sinnvoll und finanziell vertretbar sei, die Telefonnahbereiche auszuweiten. Heute behauptet Herr Matthöfer dagegen, er habe die Fachabteilung im Bundespostministerium angewiesen, bei den Planungen der Telefonleitungen für das Jahr 1983 bereits von einem auf 25-km-Radius erweiterten Nahbereich auszugehen. Wenn es der tatsächliche Wille des Herrn Matthöfer gewesen sein soll, die Telefonnahbereiche auszudehnen, so ist es unverständlich, warum sich die SPD-Postminister in dieser Frage erst von vielen Gemeinden in der Bundesrepublik verklagen lassen mußten. So hat beispielsweise das Bayerische Verwaltungsgericht in der Klage einiger Gemeinden des Landkreises Augsburg auf Ausdehnung der Telefonnahbereiche gegen die starre Haltung der Post entschieden. Wäre den SPD-Postministern und Herrn

Matthöfer die Ausdehnung der Telefonnahbereiche etwas früher eingefallen, so hätte hier viel Schaden abgewendet werden können.

Die CDU/CSU-Fraktion geht davon aus, daß nach Abschluß der Telefonnahbereichseinteilung der Bundespostminister wie zugesagt in Kürze Vorschläge machen wird, wie eine ausgewogene Einteilung der Telefonnahbereiche insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen erfolgen kann und mit welcher Gebührenermäßigung für Zweitanschlüsse er die Telefonnahffrage ankurbeln will.

Thema: Nullösung

Der SPD-Kanzlerkandidat behauptet, Bundeskanzler Helmut Kohl habe in den Vereinigten Staaten auf einer Veranstaltung gesagt, die Wahlen seien notwendig, damit er eine Vollmacht hat, der Stationierung ausländischer Mittelstreckenraketen zustimmen zu können.

Diese Behauptung von Herrn Vogel ist falsch. Vor der Bundespressekonferenz in Bonn erläuterte Regierungssprecher Stolze die Haltung der Bundesregierung.

Erstens: Die Bundesregierung wie ihre Verbündeten betrachten weiterhin die beiderseitige Nullösung bei den Genfer INF-Verhandlungen als das wünschenswerte Ergebnis. Damit haben die Vereinigten Staaten der Sowjetunion den völligen Verzicht auf eine ganze Kategorie nuklearer Waffen vorgeschlagen. Der Vorschlag, um das nochmal klarzumachen, lautet: Verzicht auf die Stationierung amerikanischer Pershing II und landgestützter Marsch-

flugkörper, vorausgesetzt, daß die Sowjetunion bereit ist, ihre SS 20-, SS 4- und SS 5-Raketen zu verschrotten.

Zweitens: Bundeskanzler Helmut Kohl ist nicht der Erfinder der Nulllösung. Sein Amtsvorgänger Helmut Schmidt hat sie den Amerikanern dringend empfohlen mit der Begründung, sie entspreche am besten den deutschen Sicherheitsinteressen und dem deutschen Wunsch nach Abrüstung, nach kontrollierter wirklicher Abrüstung, und damit nach Stärkung der Friedenspolitik.

Ja zu neuen Medien!

Die Freiheit von Meinung und Information steht nach dem Grundgesetz jedem Bürger zu. Die Union will deshalb den Zugang zu den neuen Medien für alle Bürger öffnen! Neben die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sollen private Programmanbieter treten, wie es seit Jahren bereits im Ausland erfolgreich möglich ist. Die Verbesserungen für die Bürger liegen auf der Hand:

- Vielfalt durch Wettbewerb kommt den Interessen und Wünschen der Bürger entgegen
- Verschiedene unabhängige Informationsquellen stärken die Informationsfreiheit; mehr Köpfe, mehr Ideen!
- Regionale und lokale Programme fördern zwischenmenschliche Beziehungen
- Mehr Programme können die Anliegen von Minderheiten besser berücksichtigen
- Im „offenen Kanal“ hat jeder Bürger die Möglichkeit, selbst zu Wort zu kommen; bürgerliches Programm durch Selbstbeteiligung!

Die SPD ist ohne jedes Konzept für die medienpolitische Zukunft. Durch künstliche Verknappung der Kommunikationsmittel will sie ihren beherrschenden Ein-

fluß auf die Meinungsbildung der Bundesrepublik absichern.

Lebensqualität und Arbeitsplätze durch neue Medien

Neue Medien schaffen mehr Hörfunk- und Fernsehvielfalt. Das Leben wird in vielen Fällen einfacher, bequemer und vielseitiger. Neue Medien bieten dem Bürger eine Reihe zusätzlicher Nutzungsmöglichkeiten:

- Die Beschaffung von Informationen wird erleichtert. Archivwissen kann z.B. zu jeder beliebigen Zeit auf den heimischen Bildschirm geholt werden.
- Behördengänge werden vereinfacht. Lange Wartezeiten an verschiedenen Schaltern gehören dann der Vergangenheit an.
- Weiterbildungschancen werden verbessert. Mit neuen Medien kann sich der Bürger z.B. seine Vokabeln oder seinen Nähkurs direkt ins Wohnzimmer holen.
- Kommunale Dienste — wie Feuerwehr, Einbruchüberwachung, ärztliche Notdienste usw. geben Informationen über den Bildschirm.

Die neuen Medientechnologien werden weltweit der größte Wachstumsmarkt der nächsten Jahrzehnte sein. Und Wachstum schafft Arbeitsplätze, fast 25 000 für jede investierte Milliarde. Die Union sagt „ja“ zum zügigen Ausbau der neuen Medien und sichert damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die SPD hat jahrelang verantwortungslos gehandelt. Aus egoistischen Machtinteressen hat sie die neuen Techniken blockiert, verhindert und die Interessen des Bürgers mißachtet. Die Politik der SPD war ein Anschlag auf unsere Informations- und Meinungsfreiheit, unsere Arbeitsplätze und unser aller Wohlstand.

■ DIE SPD SAGT, RICHTIG IST . . .

Die Wahrheit über die SPD-Plakate

Motiv Reden und Handeln

Plakattext:

„Vielen Politikern glaubt man nicht mehr, weil sie ihr Wort nicht halten.“
Hans-Jochen Vogel: „Das verstehe ich. Reden und Handeln müssen wieder über einstimmen.“

Tatsache ist:

Vogel kann hier nur die SPD gemeint haben.

An Übereinstimmung von Reden und Handeln hat es gerade in den vergangenen Jahren unter der SPD-geführten Bundesregierung gefehlt. Das bestätigt Vogel selbst in einer Broschüre, die in diesen Tagen von der SPD verteilt wird. Auf die Frage, warum er sich mit Wahlversprechen so zurückhalte, antwortete Vogel: „Weil ich gelernt habe, daß wir in den zurückliegenden Jahren durch Versprechungen, die nicht gehalten werden konnten, das Vertrauen in die demokratischen und parlamentarischen Institutionen mitunter auf eine ziemlich harte Probe gestellt haben.“

Zu dieser Erkenntnis ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 1980 gelangt. Vor der SPD-Fraktion hat er damals bittere Klage über die eigene Regierung geführt:

„1976 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage bei den Renten. 1980 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage der Staatsfinanzen. Ich schlage vor, 1984 die Wahlen um vierzehn Tage zu verschieben.“

Die SPD hat die Bürger unseres Landes viele Jahre lang über die wahre Lage getäuscht und insbesondere nach Bundestagswahlen das Gegenteil von dem getan, was sie vor den Wahlen gesagt hatte. Zu erinnern ist nur an den Rentenbetrug des Jahres 1976 und an die Schuldenlüge des Jahres 1980. Jetzt soll die Mietenlüge folgen. SPD-Politikern kann man nicht mehr glauben.

Die Regierung Helmut Kohl sagt vor der Wahl die Wahrheit. Die Bürger können der CDU vertrauen, denn die CDU sagt auch bei unpopulären Maßnahmen — ganz im Gegensatz zur SPD — vor der Wahl, was sie nach der Wahl machen will.

Motiv Solidarpakt

Plakattext:

„Ich kann nur feststellen, bei der neuen Regierung gibt es noch mehr Arbeitslose, und mehr Schulden machen die auch.“
Hans-Jochen Vogel: „Die Maßnahmen der neuen Regierung greifen nicht. Als Bundeskanzler werde ich für einen nationalen Solidarpakt kämpfen.“

Tatsache ist:

Nachdem der SPD in ihrer Regierungszeit kein Mittel gegen die immer mehr steigende Arbeitslosigkeit eingefallen ist, schmückt sich Vogel jetzt mit fremden Federn. Bundesarbeitsminister Blüm hatte während der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag erklärt: „Die Regierung ist dafür, daß Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Regierung, Bundesbank sich an einem Tisch versammeln und den Saal erst verlassen, wenn eine gemeinsame Lösung gefunden ist.“

Die Regierung der Mitte redet nicht nur, sie handelt auch. So stellt Bundeskanzler Helmut Kohl mit den verantwortlichen Vertretern der Wirtschaft sicher, daß es 1983 eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen geben wird.

Das Dringlichkeitsprogramm der Regierung der Mitte zur Belebung der Wirtschaft zeigt erste Erfolge. Das Defizit im Bundeshaushalt 1983 konnte von 55 Milliarden DM auf 40,9 Milliarden DM reduziert werden; so wurde es der Bundesbank möglich, innerhalb weniger Wochen gleich zweimal die Leitzinsen um je 1% zu senken und dadurch Wirtschaft und Bürger um 14 Milliarden DM zu entlasten. Die Zinsen sinken also, der Wert der DM steigt, und die Bauanträge haben sich infolge des Sofortprogramms zur Belebung des Wohnungsbaus beträchtlich erhöht. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl auch noch im Dezember 1982. Rechnet man jedoch den saisonbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit ab, so waren es nur noch 9000 Arbeitslose mehr als im Vormonat. Vom Januar 1982 bis zum Regierungswechsel betrug die saisonbereinigte Zunahme der Arbeitslosigkeit durchschnittlich 54 000. Auch die Preisentwicklung ist günstig: Für 1983 wird eine Inflationsrate von nur noch 3,5 bis 4% prognostiziert (nach 5,3% in 1982).

Motiv Totaler Wahnsinn

Plakattext:

„Totaler Wahnsinn: Unser Land ist vollgestopft mit Waffen. Und die wollen noch mehr Raketen aufstellen.“

Hans-Jochen Vogel: „Im deutschen Interesse werde ich als Bundeskanzler die Weltmächte mit aller Kraft zu Verhandlungen drängen.“

Tatsache ist:

„Wir wollen Abrüstung. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Unser wichtigstes aktuelles außenpolitisches Ziel ist

die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau – unter der Voraussetzung unverminderte Sicherheit.“ (Wahlprogramm der CDU CSU)

Der Doppelbeschuß der NATO dient nur diesem Ziel: Mit ihm wollen wir einen Abbau von real existierenden Raketen auf Seiten der Sowjetunion erreichen, indem wir die Stationierung eigener Raketen ab Herbst 1983 ankündigen.

Wir wollen die beiderseitige Nulllösung, das heißt ganz konkret null Raketen auf beiden Seiten. Vogel läßt diese seinerzeit von Schmidt maßgeblich mitgestaltete Verhandlungsposition des Westens fallen. Er billigt der Sowjetunion ein Raketenmonopol zu, das als politisches Drohpotential gegen uns gerichtet ist.

Auch Staatspräsident Mitterrand bestätigte in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20. Januar 1983, daß nur die gemeinsame Entschlossenheit der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses zur Friedenssicherung führt: „Die Friedenssicherung ist erforderlich. Dazu ist ein Gleichgewicht der Kräfte erforderlich. Nur dieses Gleichgewicht kann im übrigen zu guten Beziehungen mit den Ländern des Ostens führen, unseren Nachbarn und historischen Partnern. Dies ist die gesunde Grundlage für die Entspannung, wie man es genannt hat, und diese hat es Ihnen erlaubt, Ihre Ostpolitik ins Werk zu setzen . . . Die gemeinsame Entschlossenheit der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses und ihre Solidarität müssen dementsprechend mit aller Deutlichkeit bekräftigt werden, damit die Verhandlungen überhaupt zu einem Erfolg führen können. Das ist doch die Grundvoraussetzung dafür, daß die vorgesehenen Waffen nicht aufgrund des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 in Westeuropa stationiert werden.“

HESSEN

Das rot-grüne Abenteuer als abschreckendes Beispiel

Die im hessischen Landtag vergangene Woche erstmals vollzogene „Realpolitik“ zwischen Grünen und der SPD bedeutet in letzter Konsequenz den Beginn eines Bündnisses gegen die arbeitenden Menschen in Hessen, die Verbindung der den Rechtsstaat bekämpfenden grünen Wachstumsgegner mit der SPD heißt aber nicht nur festgeschriebene politische Instabilität in Hessen, sondern bringt darüber hinaus ein deutlich erhöhtes Risiko für die ohnehin angespannte Beschäftigungslage.

Es ist zu befürchten, daß die Wirtschaft deutlich negativ auf dieses rot-grüne Abenteuer in Hessen reagieren wird, erklärte der hessische Landesvorsitzende, Walter Wallmann.

Besondere Aufmerksamkeit verdient bei dem neuen „Farbspiel“ der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner. Er, der die Grünen in einem „Spiegel“-Interview am 16. August 1982 noch „in die Nähe von Faschisten“ gerückt hatte, und hier Kräfte mit antiparlamentarischer, diesen Staat bedrohender Tendenz am Werk“ gesehen hatte, hat sich nunmehr in die Abhängigkeit eben dieser Grünen begeben. Damit ist die Börner-SPD an der Seite der mehrheitsbeschaffenden Grünen im Landtag zu einem unberechenbaren landespolitischen Risikofaktor geworden.

Durch die Abhängigkeit von den Grünen wird aber nicht nur jede wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit un-

möglich, sondern gleichzeitig auch der demokratische Rechtsstaat gefährdet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß beispielsweise das problematische Verhältnis der Grünen zu unabhängigen Gerichten, zuletzt vor wenigen Tagen, daran überdeutlich wurde, daß sie das Urteil gegen den ehemaligen Sprecher der Aktion „Keine Startbahn West“, Schubart, als „Terror-Urteil einer furchtbaren Justiz“ bezeichnet haben.

Wenn die in Hessen zum Schaden der Bürger praktizierte Handlungspolitik von SPD und Grünen auch auf den Bund übergreifen würde, würde das auch das Ende der äußeren Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland und das Ende der Zugehörigkeit zur NATO bedeuten. Die Bundesrepublik Deutschland wäre gestaltungs- und handlungsunfähig in allen außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Auch und gerade deshalb darf es keine Zusammenarbeit zwischen verantwortungsbewußten Demokraten und Grünen geben.

Ins Schwarze

„Vogel redet zwar heftig darum, aber gelegentlich entchlüpft ihm doch ein Stück der Wahrheit, wenn er zum Beispiel sagt, er werde seine Mehrheiten dort suchen, wo er sie findet — also auch bei den Grünen, wo denn sonst. Er würde sich, kein Zweifel, von dieser Verweigerer-Partei auch zum Kanzler wählen lassen.“

■ ARGUMENTE

SPD-Erblast in Zahlen

1. Gesamtwirtschaftliche Eckdaten

Reale Investitionsquote der Volkswirtschaft in Prozent

dar.: Private Investitionen

Staatliche Investitionen

Preissteigerungsrate für Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Prozent

Firmenzusammenbrüche

Arbeitslose in Tausend

Arbeitslosenquote in Prozent

1969

25,8

21,8

4,0

knapp 20

rund 16

rund 33

+ 1,9

2500

192

0,9

+ 5

12000

2223

91

2. Eckdaten der öffentlichen Finanzwirtschaft

Schuldenstand der öffentlichen Hand (ohne Bahn und Post)

— in Milliarden DM

115,8

608

— in DM je Erwerbstätigen

4415

23800

— in Prozent des Bruttonsozialprodukts

19,4

38

— Schuldenstand des Bundes

45,2

308,5

Zinsausgabenquote im Bundeshaushalt in Prozent

2,7

über 9

Staatsanteil in Prozent

39

50

Abgabenquote in Prozent

37,4

42,5

Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen in Prozent

— durchschnittliche Belastung

26

rund 34

— zusätzliche Belastung je 100 DM Mehreinkommen

31

51,5

Es ist also in den vergangenen Jahren ein gehöriges Stück abwärts gegangen. Die SPD, die als Kanzlerpartei diesen Zeitraum ausgefüllt hat, kann nicht so tun, als ginge sie das alles nichts mehr an.

Zur Sache:

Norbert Blüm: Die Renten sind sicher

Liebe Rentnerin, lieber Rentner,
lassen Sie sich nicht verunsichern. Die Regierung Helmut Kohl macht die Rentenfinan-
zen sicher.

Wir wissen: Sie haben ein Recht auf eine sichere Rente. Sie haben sie sich durch ein ar-
beitsreiche Leben verdient. Rente ist keine milde Gabe. Rente ist ein Alterslohn für Le-
bensarbeit.

Darauf können Sie sich verlassen:

- am 1. Juli 1983 werden die Renten um 5,6 % erhöht;
- keine Rente wird gekürzt.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist auch ein Kampf für die Rentner. Wir hätten
bei den Rentenfinanzen überhaupt keine Probleme, wenn wir keine Arbeitslosen hätten.
Auch die Arbeitslosigkeit werden wir erfolgreich bewältigen.

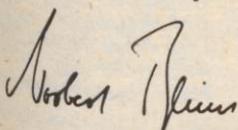
Wir wollen, daß die Renten auch in Zukunft wie die Einkommen der Erwerbstätigen
weiter steigen - in guten wie in schlechten Zeiten. Ich bin sicher, daß Sie mit diesem unse-
rem Grundsatz einverstanden sind.

Die Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr ist uns schwer gefallen. Den
von der alten Bundesregierung bereits für den 1. Januar 1983 vorgesehenen Krankenver-
sicherungsbeitrag in Höhe von einem Prozent lassen wir aber auch erst ein halbes Jahr
später wirksam werden. Dies gilt jedoch nicht für den Krankenversicherungsbeitrag auf
andere Altersbezüge außerhalb der Rente. Das hatte die alte Regierung schon vor über
einem Jahr beschlossen, trat aber erst jetzt zum 1. Januar 1983 in Kraft.

Im übrigen: Wir verlangen von den Arbeitnehmern schon zum ersten September einen
höheren Rentenbeitrag. Alt und Jung müssen zusammenhalten. Rentner und Beitragszah-
ler: beide haben Opfer gebracht, durch die die Rentenversicherung vor dem Ruin bewahrt
wurde. Dies war eine Rettungsaktion in letzter Minute, um die Rentenfinanzen zu si-
chern. Hätten wir nichts getan, wäre die Rentenversicherung spätestens im August 1983
zahlungsunfähig gewesen. So schlechte Rentenfinanzen hat uns die SPD hinterlassen.

Die Regierung Helmut Kohl versteht sich als Anwalt der Rentner. Wir versprechen
nicht mehr als wir halten. Aber wir halten, was wir versprechen: Sichere Renten, die
auch in Zukunft wie die Einkommen der Arbeitnehmer weiter steigen.
Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Blüm
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Stellvertretender Vorsitzender der CDU

CDU
III sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

WAHLKAMPF-TERMINE

4. Februar 1983

Geseke

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 15 Uhr

Rainer Barzel

4. Februar 1983

Paderborn

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 17 Uhr

Rainer Barzel

4. Februar 1983

Stade

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 17 Uhr

Alfred Dregger

4. Februar 1983

Heikendorf

Zielgruppengespräch

Beginn: 17 Uhr

Hanna-Renate Laurien

4. Februar 1983

Lübeck

Großveranstaltung

Beginn: 18 Uhr

Walther Leisler Kiep

4. Februar 1983

Gütersloh

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 20 Uhr

Rainer Barzel

4. Februar 1983

Bremerhaven

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 20 Uhr

Alfred Dregger

4. Februar 1983

Stockelsdorf

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 20 Uhr

Hanna-Renate Laurien

5. Februar 1983

Bad Oldesloe

Großveranstaltung zur Wahl

Beginn: 11 Uhr

Walther Leisler Kiep

7. Februar 1983

Bad Neuenahr-Ahrweiler

Zielgruppengespräch —

Versammlung

Beginn: 15 Uhr

Kurt. H. Biedenkopf

7. Februar 1983

Hamm

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 15 Uhr

Heiner Geißler

7. Februar 1983

Unna

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 17 Uhr

Heiner Geißler

7. Februar 1983

Bad Dürkheim

Diskussion mit Einführung

Beginn: 17 Uhr

Heinz Riesenhuber

7. Februar 1983

Vöhringen

Öffentliche Versammlung

Beginn: 17 Uhr

Heinrich Windelen

7. Februar 1983

Boppard

Kundgebung

Beginn: 18 Uhr

Kurt H. Biedenkopf

7. Februar 1983

Oppenheim/Rhein

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 20 Uhr

Kurt H. Biedenkopf

7. Februar 1983

Hagen-Mittelstadt

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 20 Uhr

Heiner Geißler

7. Februar 1983

Bad Kreuznach

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 20 Uhr

Heinz Riesenhuber

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41 10. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM.** **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.